

# Der Krieg fängt nicht erst mit Pershing an!

300.000 in Bonn, Massendemonstrationen in Brüssel, Rom, London, Madrid, Athen und heute in Amsterdam — das ist ein großer Erfolg für die Friedensbewegung. Daran kommt auch hierzulande keiner mehr vorbei. Doch die Aufrüstung geht weiter, wir werden nicht gefragt. Deshalb müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir den Protest verbreitern können, um zu einer Kraft zu werden, die die Kriegsgefahr beseitigt.

Wir haben den Krefelder Appell unterschrieben, weil wir meinen, daß er ein **Anfang** sein kann für das Zusammenfinden aller, die sich wehren wollen gegen die Nachrüstungsbeschlüsse. Die gesammelten Unterschriften, die Konferenzen, die Musikveranstaltungen, die Feste können uns zeigen, wie **viele wir sind**, können den Politikern (und dem Verfassungsschutz) zeigen, daß immer mehr Menschen mit der Bonner »Friedens«-Politik nicht einverstanden sind. Doch wir fragen uns, wie es nun **weltergehen** soll.

Wenn wir uns gegen NATO-Einrichtungen in der BRD wehren, werden wir ohne Rücksicht auf Verluste von Polizei, BGS, Militär und Justiz fertiggemacht. Das erleben wir bei den Aktionen gegen die AKW's, das erleben die Anwohner um die Startbahn West bei Frankfurt. Der polizeiliche und militärische Machtapparat des bürgerlichen Staates ist auch mit einer großen Zahl von Leuten, die ihm mit Steinen und Farbbeuteln oder mit freiem Oberkörper entgegentreten, **nicht zu überwinden**, allenfalls wird er sich genötigt sehen, zeitweilig andere Formen der Durchsetzung **seiner** Interessen zu wählen.

Und wir sollten uns nichts vormachen: Die Verhafteten und Verletzten, die die bisherigen Auseinandersetzungen in unseren Reihen gekostet haben, sind nicht gerade mit Unterstützung und Betreuung von unserer Seite überhäuft (siehe z. B. die Brokdorf-Prozesse), sie müssen mehr und bessere praktische Hilfe erhalten. Der Zusammenhalt derjenigen, die bisher mit **Unterschriften** gegen die Nachrüstung protestiert haben, reicht nicht aus, um künftige Opfer einer polizei-militärischen Auseinandersetzung um NATO-Einrichtungen wirklich zu schützen.

Wir meinen, daß Aktivitäten in der gradlinigen Fortsetzung der BI-Aktionen und Anti-AKW-Bewegung, denen allen gemeinsam ist, daß sie noch **entfernt** von Arbeitsplatz und Produktion stattfinden, auf die Dauer nicht das Erreichen können, was ihre Initiatoren beabsichtigen: den drohenden Krieg, die Fortsetzung der kapitalistischen »Friedens«-Politik mit anderen Mitteln, zu **verhindern**.

Andererseits wird es immer deutlicher, daß es mit noch so vielen **Unterschriften** unter dem Krefelder Appell (und seien es die jetzt geplanten 10 Millionen) nicht zu Erreichen ist, daß die Bundesregierung sich gegen die westlich-

kapitalistische Allianz wendet. Das hieße, vom Bock zu verlangen, er solle den Gärtner spielen. **Wie geht es also weiter?**

Soll die Friedensbewegung insgesamt eine tatsächliche Kraft werden, muß **zunächst der Teil der Arbeiter und Angestellten gewonnen werden**, der diesen Gedanken noch fern steht.

Ein Großteil von denen sorgt sich weniger um die Bedrohung durch die Stationierung amerikanischer Atomraketen, sondern ist weit mehr konfrontiert mit einer Auseinandersetzung die in der Gewerkschaftspresse als »Klassenkampf von oben« bezeichnet wird: wo alles teurer wird, der Staat das »soziale Netz« Stück für Stück abbaut, die Jugendlichen immer schwerer eine Lehr- und Arbeitsstelle finden und bei den Tarifverhandlungen nichts mehr rauskommt, schwindet der Spielraum für die Lohnabhängigen. Für sie ist zur Zeit die **Sorge um den Arbeitsplatz** und die **Verteidigung des Lebensstandards** der Mittelpunkt ihres Denkens. Der Kampf gegen die Bedrohung durch den militärischen Krieg erscheint ihnen als weit weg gegenüber dem täglich stärker werdenden **Klein-Krieg mit den Unternehmern** um die eigene Existenz oder gar dem Ausbluten einer ganzen Region wie hier in Dortmund.

Die Sorge um die Existenz und der Kampf gegen die Kriegsgefahr sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

In unserer Gesellschaft sind die Interessen des Kapitals bestimmend. Das Kapital befindet sich in einer Krise und muß einen Ausweg finden. Der Sozialabbau ist der Versuch, eine **innere** Lösung zu finden, indem man den Arbeitern den Gürtel enger schnallt. Die Hochrüstung ist der Versuch, eine **äußere** Lösung zu finden; man schafft und sichert sich Absatz und gleichzeitig die Möglichkeit, das, was für die Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft notwendig ist, notfalls auch mit militärischen Mitteln zu rauben. Der Kampf gegen Sozialabbau und Kriegsgefahr muß deshalb ein **gemeinsamer Kampf** sein. Darum müssen wir versuchen, die Teile der Bevölkerung, die diesen Zusammenhang noch nicht sehen, von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes zu überzeugen, weil der Gegner gemeinsam ist.

Die Führung des DGB bringt mit ihren letzten Äußerungen zum Ausdruck, daß sie trotz »Klassenkampf von oben« **mit den Unternehmern** und der Regierung (Lambsdorff) die **Folgen** des Wirtschaftskrieges mildern will, um Abwehrmaßnahmen der Arbeiter und Angestellten, die sie als »soziale Unruhen« begreifen, zu verhindern. Obwohl die DGB-Funktionäre schon einmal mit ihrer »Konzertierten Aktion« gescheitert sind, versu-

chen sie denselben Kuhhandel nochmal zustande zu bringen, nur: die Bezeichnung soll wegbleiben, damit die Gewerkschaftsmitglieder sich nicht dran stoßen. Vetter hat eine schlimme Ahnung von der Zukunft und bietet sich den Unternehmern als Schlichter an: »Was ist, wenn die Friedensbewegung die Arbeitslosen auf die Straße bringt?« (Welt vom 7. 11. 1981)

Auf der gleichen Ebene liegt der »Kampf für den Frieden« des Koll. Vetter, wenn er mit den »Großen der Welt« redet, und glaubt, er könne sie zu gemeinsamen Verhandlungen bewegen. Wie im alltäglichen Wirtschaftskrieg ist auch im Vorfeld des militärischen Krieges die Ebene der (Tarif)Verhandlungen (womöglich mit Schlichtungsstelle) nur ein Hinauszögern dessen, was die Fortsetzung dieser kapitalistischen Politik ist: der Krieg mit Pershing und Cruise-missile.

## Verhandlungen — unsere Rettung?

Willy Brandt, der ja immerhin noch einiges Ansehen bei Teilen der Bevölkerung genießt, verkündet seit kurzem, die Lage habe sich radikal verändert, da die USA bereit seien, im Frühjahr mit der Sowjetunion Abrüstungsverhandlungen zu führen: Meint er, damit könne die Friedensbewegung abdanken?

Nach dem zweiten Weltkrieg hat es viele Abrüstungsverhandlungen gegeben. Wo ist denn wirklich abgerüstet worden? Das Ergebnis jeder Verhandlung bestand darin, daß die eine Seite der anderen klarmachte, wie die Kräfteverhältnisse waren. Die Entwicklung neuer Waffensysteme wurde trotzdem vorangetrieben. Wieso sollen die Verhandlungen 1982 plötzlich so grundlegend anders sein? Schließlich hat US-Verteidigungsminister Weinberger erklärt, egal ob verhandelt werde oder nicht, die neuen Raketen und die Neutronenbombe kämen sowieso. Daran ändert auch das am Mittwoch von Mr. Reagans Crew mit großem Theater verkündete »Verhandlungsangebot«, die »Nulllösung«, nichts: es bedeutet, daß die Russen einseitig abrüsten sollen. ■

Stellt Euch vor, die Kollegen von Hoesch hier in Dortmund hätten bei ihrem Krieg mit der Unternehmensführung um die Sicherung ihrer Existenz alle diese Aktiven des Krefelder Appells, die heute hier versammelt sind, **praktisch** auf ihrer Seite gesehen. Hätte das denen nicht den Rücken gestärkt, hätte das nicht auch umgekehrt bedeutet, daß die Hoesch-Arbeiter noch mehr als bisher bereit gewesen wären, sich zu überlegen, daß sie, zusammen mit allen anderen Arbeitern und Angestellten in der BRD, es buchstäblich in ihrer Hand haben, ob es zu einem Krieg zwischen kapitalistischem und sozialistischem

**Stellt Euch vor**, die Glocken der engagierten Christen in diesem Lande würden nicht nur Alarm schlagen, wenn ein Bauplatz für militärische Zwecke eingerichtet wird (wie in Walldorf-Mörfelden), oder wenn Hunderte (VDM-Frankfurt) oder Tausende (Hoesch-Dortmund) entlassen werden, sondern sie würden auch immer dann läuten, wenn ein Jugendlicher von der Schulbank auf die Straße entlassen wird oder wenn ein Lohnabhängiger im Klassenkampf unterliegt und die Grundlage seiner Existenz verliert: seinen Arbeitsplatz. Das Geläute würde uns nicht in den Schlaf kommen lassen... ■

Lager in Mitteleuropa kommt, weil sie an den Hebeln der Produktion sitzen?

Arbeiter und Angestellte, die bereit sind, dem »Klassenkampf von oben« den Abwehrkampf von unten entgegenzusetzen, die sich im Zuge dieser Abwehrkämpfe, dieses Wirtschaftskrieges zur **Klasse** entwickeln, werden die Kraft sein, die die Steigerung dieser kapitalistischen Politik zum militärischen Krieg **verhindern** kann.

Deswegen müssen unseres Erachtens die Aktivitäten der Friedensinitiativen (um den Krefelder Appell und auch andere) in dieser Richtung **erweitert** werden. Noch wichtiger als die Zahl der Unterschriften ist die Anwesenheit aller Rüstungs- und Kriegsgegner bei jedem Arbeitskampf in diesem Lande, besser: bei **jeder** Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, sei es der Kampf um Wohnraum, der Kampf gegen die Schulmisere, oder der Kampf gegen die steigenden Haushalts-Energiepreise.

Der aufkeimende Widerstand gegen den Zerfall dieser bürgerlichen Ordnung bleibt heute noch fast immer lokal, regional und branchenmäßig isoliert. Die Menschen, die an den verschiedenen Stellen Widerstand leisten, bleiben mit ihren vielfältigen Problemen oft allein. Die Unternehmer sind da schon viel weiter und nutzen mit Hilfe ihrer Organisationen alle Möglichkeiten, um das Zusammenwachsen unseres Widerstandes zu **verhindern**. Diese Situation erfordert auf unserer Seite die **Überwindung** der regionalen, branchenmäßigen Beschränkung, der Aufteilung in AKW-, Friedens- oder Gewerkschaftsbewegung. Ist der Zusammenhalt unter den widerstandswilligen Kolleginnen und Kollegen stabiler und dauerhafter, kann auch die nächstgrößere Aufgabe bewältigt werden. **Sind wir in der Lage, den Klein-Krieg im Alltag, den Klassenkampf am Arbeitsplatz erfolgreich zu bestehen, werden wir auch die Kraft entwickeln, die Fortsetzung der kapitalistischen Politik mit anderen Mitteln, den drohenden militärischen Krieg, zu verhindern.** ■

**Arbeiterpolitik**

INFORMATIONSBRIEFE DER  
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:  
F. Lübke - Herstellung und Vertrieb:  
GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums  
der Arbeiterbewegung e. V.  
Postfach 1502 47 - 2800 Bremen 15